

Schlesische

Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien
(Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzel-Nr. 15.— M. Durch Austräger 70.— M. pro Woche. Durch die Post 240.— pro Monat und Nachzahlung des Differenzbetrages an den Verlag. Redaktionspreis: 5.— 6 Nachm. Besichtigungsöffnungszeiten f. d. Provinz Schlesien, e. G. m. b. H., Breslau, Postfachkonto Nr. 81059. — Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Dienstag, 12. Dezember 1922

Anzeigepreise: Die 9 gespaltenen Millimeterzeile ober deren Raum 10.— M. Stellen- und Wohnungsgefühle, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 2,50 M. Kleine Anzeigen per Wort 1,50 Mark. — Kellame: Die Millimeterzeile 8 gespalten ober deren Raum im Text 30.— M.

Gegen die Weltoffensive des Kapitals.

Offener Brief.

An die 2. Internationale und die Wiener Arbeitsgemeinschaft. / An die Gewerkschaften aller Länder und die Haager Internationale Gewerkschafts- und Genossenschaftskonferenz.

Die Parole des 4. Kongresses: Einheitsfront!

Der 4. Kongress der Kommunistischen Internationale, der 62 Parteien Europas, Amerikas, Asiens und Australiens umfaßt, hat in entschiedenster Form bestätigt, was die erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale zweimal schon beschlossen hat: daß es die Pflicht aller kommunistischen Parteien ist, mit aller Macht darauf hinzuwirken, daß dem Angriff des Weltkapitals auf alle Positionen der Arbeiterklasse von ihr in geschlossener Einheitsfront Widerstand geleistet wird. Die höchste Instanz der kommunistischen Parteien hat somit bestätigt, was Inhalt und Ziel unserer Arbeit im letzten Jahre war, und sie hat als Parole für die kommende Arbeit gegeben: Kampf um die Einheitsfront des Weltproletariats. Kampf um die Vereinigung zur gemeinsamen Abwehr aller Proletariat, ohne Rücksicht auf ihre politische Richtung und Einstellung.

Die Kommunistische Internationale hat sich schon im Frühjahr an die 2. Internationale und die Wiener Arbeitsgemeinschaft mit der Aufforderung gewandt, auf einem Weltarbeiterkongress diesen gemeinsamen Kampf um die Einheitsfront des Weltproletariats gegen die Eroberungen der Gewerkschaften gegen die neuen Rüstungen, gegen die Gefahr eines neuen Krieges zu organisieren. Auf der Berliner Konferenz der Vertreter der drei Exekutiven haben die Vertreter der Kommunistischen Internationale diesen Vorschlag begründet. Die Parteien der 2. Internationale haben ihn abgelehnt. Sie stellten als erste Bedingung der Einberufung eines Weltarbeiterkongresses daß die Sowjetregierung ihren Kampf gegen die Parteien einstelle, die den russischen Proletariat zum Verzicht auf die wichtigsten Eroberungen der Revolution, auf den Besitz der Fabriken, zur Rückgabe der Macht an die Bourgeoisie auffordern; sie stellten zweitens die Bedingung auf, daß die Kommunisten es aufgeben, in den Gewerkschaften für ihre Aufgaben zu kämpfen, zu kämpfen gegen den Teil der Gewerkschaftsleitungen, die entgegen der öffentlichen Notwendigkeit die Stärkung des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie die Milderung dieses Kampfes befürworten. Die Kommunistische Internationale mußte die Vorschläge ablehnen, weil ihre Annahme den Zweck und den Sinn der Einheitsfront zunichte machte.

Wir treten für die proletarische Einheitsfront darum ein, um die Kampfkraft, die Abwehrkraft des Proletariats gegen die internationale Bourgeoisie zu steigern, nicht aber, um sie zu mindern.

Sechs Monate Offensive des Kapitals.

Ein neues, halbes Jahr ist verflissen, seitdem unter Vorschlag der Aufrichtung der Einheitsfront des Proletariats, der Organisierung seines Abwehrkampfes gekämpft war. Dieses halbe Jahr bedeutet das ununterbrochene Fortschreiten der Angriffe der Bourgeoisie in allen Ländern.

In England haben die scharfmacherischen Elemente der Bourgeoisie Oberhand gewonnen. Sie haben den Versuch Lloyd Georges, die aggressive Politik des englischen Kapitals zuzudecken, mit Phrasen der Sorge um den Frieden und den Wiederaufbau Europas ein Ende bereitet. Die konservative Partei, die jetzt ungetrübt die Macht besitzt, hat als ihre Lösung „Ordnung und Ruhe“ proklamiert, die „Achtung des Staates in die Wirtschaft“, d. h. sie gibt den Kapitalisten vollkommen freie Hand zur Verwertung der Proletariat. Ihr erster Schritt war der Versuch der Abschaffung des Arbeitsminimums. Bonar Law lehnte es sogar ab, die Arbeitslosen anzuhören.

In Frankreich hat die Regierung, 4 Jahre, nachdem erst das Morden aufgehört hat, in Le Havre auf freilebende Arbeiter zu greifen befohlen. Sie greift den Achtundentag an.

In Deutschland hat die Koalitionsregierung der Sozialdemokratie und der Bourgeoisie offen und klar die Ausbumpung von Mehrarbeit aus den unterernährten Proletariatmassen als einzigen Weg zur Stabilisierung der Welt proklamiert. Sie hat offen die Aufhebung der letzten Überreste der Regulierung der Wirtschaft proklamiert, d. h. freie Hand dem rücksichtslosen Spekulantentum gegeben. Die neue Regierung Mussolini ist die Regierung der Industriefabriken.

Der Vorläufer der offenen Diktatur der Eisen- und Kupferbarone.

Der Charakter ist so offen großkapitalistisch, so offen gegen die einfachsten Interessen der Arbeiterklasse gerichtet, daß die Sozialdemokratie genötigt war, den Eintritt in diese Regierung abzulehnen. Die extreme Konterrevolution bereitet von Bayern aus den bewaffneten Angriff auf die letzten Überreste der Novemberrevolution, auf die Revabst, vor. Sie wird in diesem Bestreben angefeuert durch den Sieg

des italienischen Faschismus, der ohne den geringsten Widerstand der demokratischen Bourgeoisie die Diktatur des Säbels proklamierte, das Parlament in eine Null verwandelte und sich zum Ziel setzt, die Herrschaft der Bourgeoisie dadurch zu stärken, daß er die Arbeiterklasse zwingt, sich voll und ganz, mit Schweiß und Blut, zur Verfügung des Kapitals zu stellen.

In der Tschechoslowakei werfen die Kapitalisten Tag für Tag Lawende von Arbeitern auf die Straße. Die Arbeitslosigkeit wächst, sie sucht durch eine Aussperrung nach der anderen die Löhne der Arbeiter zu drücken.

Oesterreich ist zur Kolonie des Ententekapitals heruntergedrückt. Die Sanierung der österreichischen Finanzen soll vollzogen werden auf Kosten der österreichischen Arbeiterklasse, auf Kosten der Hungerlöhne der Arbeiter und niederen Beamten, die in Staatsdiensten stehen. Die Vertreter des Ententekapitals sollen über Tod und Leben der Volksmassen entscheiden.

In den Vereinigten Staaten Amerikas versuchen die Unternehmer die Gewerkschaften zu zerrüttern, indem sie Arbeitern das Recht nehmen wollen, dafür zu sorgen, daß alle Arbeiter der Fabrik einer Gewerkschaft angehören. Das Kapital soll keine mächtigen Feinde haben, und niemand soll das Recht haben, ein Glas Milch zu trinken, ohne dem Trunk dabei einen Tribut zu zahlen. Aber die Arbeiterklasse soll wie Sand sein, den jeder Windstoß zerstäubt.

In Südafrika arbeitet als General Smuts, das Jewel des internationalen Liberalismus, General Smuts, der Pazifist aus der Völkertage, er läßt nicht nur streifende Arbeiter niederstehen, sondern acht Monate nach dem durch seine Regierung provozierten Kampf der südafrikanischen Bergarbeiter läßt er ihre Vorläufer hängen.

Neuen Kriegen entgegen.

Das sind nur Tatsachen, die zeigen, wie die nächsten, einfachsten Interessen der Arbeiterklasse immer mehr mit Füßen getreten werden. Aber der Angriff des Kapitals ist nicht nur darauf gerichtet, die Ausbeutung des Proletariats zu erhöhen, sondern von neuem im klarsten Zugesichte ist die Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges aufgetreten. Bis heute ist kein einziger kapitalistischer Staat darangegangen, die durch die Washingtoner Konferenz beschlossene Herabsetzung der Rüstungen zur See durchzuführen. Kein einziges Kriegsschiff ist zum alten Eisen gewandert. Der Bau der neuen Kriegsschiffe ist nicht unterbrochen.

Der Vorschlag der russischen Sowjetregierung auf Abrüstung oder wenigstens Herabsetzung der Rüstungen zu Lande ist in Genua von allen kapitalistischen Mächten abgelehnt worden. Die Völkertage ist ohnmächtig, auch das Geringste auf diesem Gebiet zu tun, selbst wenn sie es wollte. Ihre Beschlüsse müßten einstimmig sein, und sie erfordern die Ratifizierung der Regierungen, die gegen die Abrüstung sind.

Europa starrt noch mehr in Waffen, als es schon vor der Krise der Fall war.

Und im September dieses Jahres während der Orientkrise sah die Welt, was das bedeutet. Nur der Verzicht der türkischen Regierung auf ihr Recht, ihre Hauptstadt zu besetzen und die Zufuhrstraßen zu ihr, die Dardanellen, zu überschreiten, nur dieser Verzicht der türkischen Regierung auf ihr Selbstbestimmungsrecht hat Europa vor einem neuen Krieg gerettet. Die englischen Gewerkschaften und die englische Labour Party haben Lloyd George angeklagt, daß er einen neuen Krieg heraufbeschworen hat, einen Krieg, der sich nicht auf den Balkan beschränken würde. Und wer will behaupten, daß die konservative Regierung Englands weniger entschieden die Raubinteressen des englischen Kapitalismus verteidigen wird, als die Regierung Lloyd Georges? Mit Mühe und Not hat die Sowjetregierung Polen, Lettland, Estland und Finnland dazu gebracht, sich zu einer Rüstungseinschränkungskonferenz in Moskau zu veranlassen. Rumänien ist auf der Konferenz nicht vertreten, weil die rumänischen Bojaren als Lohn für das Erscheinen auf der Konferenz ein Stück russischen Bodens, Bessarabien und die darauf wohnenden Bayern, forderten. In dem Moment, wo der 4. Kongress der Kommunistischen Internationale auseinandergeht, ist die Moskauer Konferenz noch nicht zu Ende. Aber aus dem Auftreten der Vertreter der Basalkstaaten der Entente ist es klar, daß sie keine Minderung der Rüstungen wollen. Also das bedeutet, der große Krieg, der 12 Millionen Menschen das Leben gekostet hat, er war nicht der letzte Krieg. Die Bourgeoisie bereitet neue vor!

Der 4. Kongress der Kommunistischen Internationale wendet sich an die Arbeiter der 2. Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft, an die Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter der ganzen Welt, an ihre Führerschaft, an die Konferenz in Haag mit der Frage:

Wollt Ihr untätig dastehen und zusehen, wie der Achtundentag, die erste Bedingung des Aufstieges der Arbeiterklasse, vernichtet wird?

Wie der Lebensstandard der Arbeiter der ältesten industriellen Länder zum Niveau des Lebensstandards der chinesischen Kulis herabgedrückt wird? Wie die einfachsten Freiheiten der Arbeiter, vermittelt deren Ihr doch gehofft habt, auf friedlichem Wege zu Eurer Befreiung vom Joch des Kapitalismus zu gelangen, vernichtet werden? Wie die Diktatur des Kapitalismus aufgerichtet wird? Wollt Ihr tatlos dastehen und zusehen, wie das siegreiche Kapital aller Hemmungen frei, diktatorisch einen neuen Krieg beschließen wird, in dem Ihr von neuem für die Interessen des Kapitals bluten werdet?

Der 4. Kongress der Kommunistischen Internationale fordert alle ihr angeschlossenen Parteien, fordert alle mit ihr sympathisierenden Gewerkschaften in allen Ländern, Staat nach Staat, Land nach Land, auf, sich mit dieser Frage an alle Arbeiterparteien zu wenden und sie aufzufordern zum gemeinsamen Kampf gegen die rechtliche oder faktische Abschaffung des Achtundentages, gegen die Drückung der Löhne, gegen die Abschaffung der Bewegungsfreiheit der Arbeiterklasse, gegen die neuen Rüstungen, gegen die neue Kriegsgelüste, für den Achtundentag, für das Lebensminimum der Arbeiter, für volle Freiheit der Organisation der Arbeiterklasse, für die Abrüstung und für den Frieden unter den Völkern.

Die Aufforderung des 4. Kongresses der Kommunistischen Internationale.

Der 4. Kongress der Kommunistischen Internationale wendet sich an die 2. Internationale und an die Wiener Arbeitsgemeinschaft mit der klaren Frage, ob sie gewillt sind, jetzt, nachdem ihre Politik noch weiter die Lage der Arbeiterklasse ver schlechert hat, die Hand zu bieten, zur Aufrichtung der gemeinsamen Front des internationalen Proletariats für den Kampf um die einfachsten Rechte und die einfachsten Interessen der Arbeiterklasse.

Er wendet sich an die Amsterdamer Internationale mit der Frage, ob sie gewillt ist, aufzuhören, die Gewerkschaften zu spalten, die Kommunisten aus den Gewerkschaften auszuschließen, ob sie gewillt ist zu helfen, in einheitlicher Front die Proletariat in den Kampf zu führen.

Der 4. Kongress der Kommunistischen Internationale wendet sich an die Haager Konferenz der Gewerkschaften und Genossenschaften, die sich in dem Moment versammelt, wo in Lausanne die Kapitalisten der Entente nach dem Bankrott des Friedens von Versailles einen neuen Versailles Frieden dem türkischen Volke aufdrängen, und so den Keim neuer Kriege vorbereiten wollen, ob sie gewillt ist, zusammen mit uns durch den Aufmarsch der Arbeiterklasse der Bourgeoisie zu zeigen, daß das internationale Proletariat nicht mehr gewillt ist, widerstandslos sich auf neue Schlachtfelder schleppen zu lassen.

Wie wir es auf der Berliner Konferenz gesagt haben, mutet die Kommunistische Internationale den Parteien der 2. Internationale und der Wiener Arbeitsgemeinschaft, den Amsterdamer Gewerkschaftsführern nicht zu, für die Diktatur des Proletariats zu kämpfen, die unser Ziel war und bleibt. Aber wir fragen sie, ob sie gegen die Diktatur des Kapitals kämpfen wollen, ob sie wenigstens die Überreste der Demokratie auszuheben wollen, um den Widerstand gegen den Sieg desselben Kapitals zu organisieren, daß die Welt in ein Massengrab verwandelt hat, und nun für unsere proletarische Jugend schon von neuem Massengräber schaufelt.

Die Kommunistische Internationale hat ihr Wort gesprochen. Sie hat ihren Parteien die Lösung zum Kampf gegeben.

- Für die Einheitsfront des Proletariats,
- für die Kontrolle der Produktion,
- für den Achtundentag,
- für das Existenzminimum des Proletariats,
- für die Bewaffnung der Arbeiter und die Entwaffnung der Bourgeoisie,
- für die Regierungen der verbündeten Arbeiterparteien als Instrument des Kampfes um die nächsten Interessen der Arbeiterklasse.

Das Wort hat jetzt die 2. Internationale, die Wiener Arbeitsgemeinschaft der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale und ihr Haager Kongress!

Moskau, den 4. Dezember 1922.

Der 4. Kongress der Komm. Internationale.

5 Jahre rote Diplomatie.

Von Georg Tschitscherin.

(Schluß.)

Die Entente hat die Aussichten der Entwicklung Rußlands nicht auf eine Minute außer Acht gelassen, der Kampf um die wirtschaftliche Herrschaft in Rußland bedeutet den Kampf um die Welt Herrschaft; die günstigere Lage der Entente Deutschland gegenüber bestand darin, daß die russische Bourgeoisie mit ihr verbündet war, außer einigen deutschfreundlichen Kreisen, die in Wirklichkeit sehr geringe Bedeutung hatten. Die Entente bediente sich der sogenannten Demokratie, der SR usw., die ihre Agenten waren und bis jetzt geliebt sind. Während der ersten Zeit nach dem Brester Frieden betrieb England noch eine friedliche Taktik Rußland gegenüber. Nach dem Aufstande der Tschechoslowaken aber ging England plötzlich zur Taktik der Organisierung innerer Unruhen, Verschwörungen und dann zur Entsendung militärischer Expeditionen über. Einige Tage nach dem historischen Interieur von Moulens, der sich über die bevorstehende Intervention äußerte, hatte ich eine Unterredung mit dem Chef der französischen Kriegsmission Lavergue. Ich sagte ihm: Ihr fordert von uns die Wiederaufnahme des Krieges, was nichts anderes als unseren sofortigen Untergang, die sofortige Befehung ganz Rußlands durch deutsche Truppen bedeuten würde. Ist denn das vorteilhaft für Euch? Lavergue antwortete mir, daß die Lage Frankreichs infolge der starken deutschen Offensive an der französischen Front so schwer ist, daß es nicht einmal einige Monate warten kann, und daß zur Rettung Frankreichs alles erforderlich ist, was die deutschen Truppen von der französischen Front ablenken kann. Diese Klagen Lavergues waren nicht aufrichtig: Wir wissen es tatsächlich, daß die Führer der französischen Politik die Wiederherstellung der deutsch-russischen Front als außerordentlich wünschenswert erachten, aber nicht aus solchen Erwägungen, wie Lavergue es mir sagte, sondern weil die führenden Entente-Kreise dadurch Rußland dem befürchteten wirtschaftlichen Einfluß Deutschlands entziehen und zum Objekt ihrer eigenen Ausbeutungspolitik machen wollten. Der Kampf zwischen zwei Koalitionen um die Ausbeutung Rußlands war der erste Grund der Intervention.

In der zweiten Periode unserer Existenz befanden wir uns in den Krallen der Entente. Innerhalb der Entente wiederholten sich dieselben zwei entgegengesetzten Tendenzen, mit denen wir früher in Deutschland zu tun hatten: Dem deutschen Ludendorff entsprach Churchill, der Frankreich hinter sich hatte, Stresemann und den anderen deutschen Industrie- und Handelsmännern entsprach Lloyd George. Die Geschichte dieser Periode stellt nicht nur eine einfache Abfolge des ersten Systems durch das zweite dar, sondern eine abwechselnde Herrschaft des einen wie des anderen. Die Intervention war in der Tat ein Krieg der Entente gegen Rußland mit Hilfe der russischen Verräter, und die Methode Churchills war dem Weizen nach dieselbe wie die Methode der Deutschen in der Ukraine. Der angehende Vertreter der in Rußland interessierten Industrie-Kreise, Arkharov, stand damals hinter Churchill und unterstützte die Taktik der militärischen Diktatur; unter Kollischal versuchte er seine wirtschaftliche Herrschaft durch Waffengewalt wiederherzustellen. Sibirien aber wiederholte das Beispiel der Ukraine. Das entgegengesetzte System Lloyd Georges hatte zum Programm das friedliche Eindringen in Rußland und die Erlangung der wirtschaftlichen Oberherrschaft auf friedlichem Wege. Das Programm, das uns im April 1919 Bulitt vorlegte, fordert, daß wir den Berggardien die durch sie besetzten Gebiete überlassen, d. h. daß wir diese Gebiete der schrankenlosen Ausbeutung der Entente ausliefern sollen. Die zweite Forderung war die Anerkennung der Schulden, d. h. eine friedliche Machtübergabe des Ententekapitals in Sowjetrußland selbst.

In der darauffolgenden Zeit geht parallel mit dem Siege des Systems Lloyd Georges über das Churchillische System die Zurücknahme der Freiheitsbewegungen der Vorkriegszeit vor sich. Die Lloyd Georgesche Taktik der Annäherung an Sowjetrußland war nicht nur ein Streben zum friedlichen Eindringen des Kapitals, sondern auch ein Kompromißversuch gegen die Unruhen. In beiden Beziehungen erlitt sie eine Niederlage. Nach dem Siege Lloyd Georges über Churchill in England nahm der Gegensatz dieser zwei Systeme die Form eines Gegensatzes zwischen der englischen und französischen Politik an.

Die englische Politik des friedlichen Eindringens kam am klarsten in den Resolutionen von Cannes — über ein Weltabkommens (mit London als Hauptstadt) zwecks Wiederaufbaus von Rußland — zum Ausdruck. Unter Wiederaufbau versteht sich natürlich die Wiederaufnahme Rußlands in ein Ausbeutungsobjekt. Die Resolutionen von Cannes über das Abkommens war nur ein klares Spiegelbild jener Politik, die wir im alltäglichen Kampfe besonders in Deutschland uns gegenüber wahrnehmen konnten. Das Programm des englischen Kapitals, das gleichzeitig auch das Programm Lianes war, bestand in der Herstellung einer gemeinsamen internationalen kapitalistischen Front zur Ausbeutung Rußlands und der Beugung Deutschlands zur technischen Beherrschung der internationalen kapitalistischen Bündnisse auf diesem Gebiete. Der Kapitalistvertrag war die Folge eines fortgeschrittenen und komplizierten Kampfes um eine selbständige wirtschaftliche Kooperation Rußlands und Deutschlands außerhalb des Rahmens der internationalen kapitalistischen Front.

In Genua erreichte das Programm des friedlichen kapitalistischen Eindringens in Rußland seinen Höhepunkt. Auch die Konferenz von Genua war eine sehr komplizierte Erscheinung. Die größte Rolle spielte auf ihr der zunehmende bürgerliche Pazifismus, der in der nahen Zukunft von sich zweifelsohne noch hören lassen wird. In Genua sprachen die Ententerregierungen sehr viel über den europäischen Wiederaufbau, obwohl im Interesse dieses Wiederaufbaues nur sehr wenig Konkretes geschah. Die Hauptfrage der Genua-Konferenz war, ob die selbständige wirtschaftliche Entwicklung Rußlands mit Hilfe des Auslandskapitals aber ohne Kapitulation, vor sich gehen wird, oder ob das ausländische Kapital die Herrschaft über Rußlands erlangt. Gegen die russische Delegation wurden die feinsten Mittel der diplomatischen Kofferarie angewandt: Wie im bekannten Parabel der Satan Jesus versprach, daß er Steine in Brot verwandeln und ihm die Herrschaft über die sich vor seinem Blicke ausbreitenden Reiche geben wird, wenn er sich dem Satan verschreibt, ebenso hat man vor uns die verführerischsten Perspektiven eröffnet für den Fall, daß wir die Herrschaft des Kapitals anerkennen. Wir dürfen sagen, daß die Grundfrage der russischen Politik eben in Genua am klarsten zum Ausdruck kam: Unterwerfung dem Kapital oder eine selbständige Entwicklung mit seiner Hilfe; genauer gesagt: ein Abkommen; aber kein Joch. Eben deshalb bildete die formelle Grundlage der ganzen Tätigkeit der russischen Genua-Delegation die Resolution von Cannes über die Gleichberechtigung der zwei einander gegenüberstehenden Wirtschaftssysteme. Der neue Arbeiter- und Bauernstaat, der zwischen den fortgeschrittenen Ländern Westeuropas und zwischen den unterdrückten Ostländern entstand, hat sich befestigt und trat in Genua als eine selbständige große Weltmacht auf. Die bereits begonnene neue Periode seines Lebens können wir die Periode der „aktiven Politik“ nennen. Durch viele Unterredungen mit politischen und wirtschaftlichen Persönlichkeiten verschiedener Länder in Berlin konnte ich mich persönlich überzeugen in wie großem Maße bereits Sowjetrußland zu einer selbständigen Weltmacht geworden ist. Gegenwärtig, als die Freiheitsbewegung der Ostvölker mit jedem Tage zunimmt, als die unterdrückten und ausgebeuteten Völker auch im Westen ihre Existenz im alltäglichen Kampfe verteidigen oder wiedergewinnen, als in den fortgeschrittenen herrschenden Staaten mit der Erstarrung der reaktionären Oligarchie gleichzeitig auch die pazifistische Opposition zunimmt, ist Sowjetrußland, das in seiner unabhängigen wirtschaftlichen Entwicklung zwar ausländisches Kapital benötigt, ihm sich aber nicht unterwirft, einer der Zentralfaktoren der komplizierten Weltbeziehungen. Sowjetrußland strebt zur Sicherung seiner Grenzen, seiner Küsten und der Zugänge zu seinen Küsten, seiner Meerengen seines Handels, strebt zur Entfaltung wirtschaftlicher Beziehungen mit allen Ländern, aber außerdem ist es noch etwas mehr: einer der wichtigsten Faktoren im Spiele der Weltkräfte. Als eine selbständige politische Macht ist Sowjetrußland zur Freundschaft mit allen Völkern bereit, und es ist gleichzeitig bereit, Kompromisse mit einzelnen Ländern und Einzelverträge zu schließen. Verträge, aber kein Joch — das ist seine Lösung. Das Weltkapital muß auf seiner Schwelle stehen bleiben; innerhalb seiner Grenzen aber lassen die arbeitenden Massen selbst ihre Wirtschaft und schmieden ihre Zukunft.

Verdoppelung des Brotpreises?

Am Montag ist die im Getreideumlagegesetz vorgesehene Zwanziger-Kommission, die aus 5 Mitgliedern des Reichstages, 5 Mitgliedern des Reichsrates, 5 Mitgliedern des Reichswirtschaftsrates und 5 Vertretern der Landwirtschaft besteht, zu einer Sitzung zusammengetreten. Dieser Zwanziger-Ausschuss hat die Aufgabe, für die nächsten zwei Drittel der Getreideumlage selbständig die Preise festzusetzen, ohne daß seine Beschlüsse der Genehmigung des Reichstages unterliegen. Am Montag hat Reichsernährungsminister Dr. Luther vor diesem Gremium sein Programm entwickelt.

Trotz der ohne Zweifel vorhandenen guten Absichten des Reichsernährungsministers nimmt man in gut informierten parlamentarischen Kreisen allgemein an, daß eine wesentliche Vertiefung des Brotes stattfinden wird. Von Seiten der Landwirte wird eine drei- bis vierfache Erhöhung des Preises für das Umlagegetreide gefordert. Da der jetzige Preis nach der bereits erfolgten Erhöhung etwa 28 000 Mark pro Tonne beträgt, so würde, wenn die Forderungen der Landwirtschaft durchgingen, ein Brotgetreidepreis von 80- bis 100 000 Mark pro Tonne festgesetzt werden. Das würde aber als notwendige Folge haben, daß sofort der Brotpreis eine Steigerung um 100 Prozent erfahren würde, weil der Brotpreis geregelt wird nach dem Mittel zwischen den Preisen für die Getreideumlage und für das frei verkauften Getreide. Da auch die Bäcker erst kürzlich für eine Erhöhung ihres Brotpreises eingetreten sind, so dürfte schon der erste Monat des kommenden Jahres diese wesentliche Vertiefung des notwendigen Nahrungsmittels mit sich bringen.

Die Regierung beginnt ihr Programm zu erfüllen. Gestützt auf das Bürgertum und die Sozialdemokraten schließt sie sich an, einen ungeheuren Schlag gegen die Existenz der arbeitenden Klasse zu führen. Die Arbeiterklasse muß geschloffen zum Kampfe gegen die Regierung stehen. Sie muß in massiver Bewegung dieser Regierung eine Regierung der Arbeiter entgegenstellen.

Neues Auftauchen von Hungerkrankheiten.

In der am 4. Dezember wie alljährlich abgehaltenen Besprechung der Regierungs- und Medizinalräte der preussischen Regierung wurde vor allem darüber verhandelt, welche gesundheitlichen Maßnahmen die augenblickliche Ernährungslage erforderlich mache. Die Berichte wie die Aussprache beurteilen dem amtlichen preussischen Pressedienst zufolge die gesundheitlichen Folgen der Ernährungslage als außerordentlich ernst. Die durch die Teuerung bedingte Ernährungsbeschränkung trifft fast das ganze Volk. Dazu befindet sich ein nicht unerheblicher Volksleil, besonders Rentner, Witwen usw., bereits in Hungersnot. Fälle von tatsächlichem Verhungern werden aus der letzten Zeit aufgeführt. Außerdem werden auch jetzt wieder Fälle von Hungerkrankheiten im eigentlichen Sinne, wie 1917-18, beobachtet.

Man darf aber nicht glauben, daß nun wirklich ernstlich Maßnahmen getroffen würden um die Ernährung sicherzustellen. Die Großagrarien werden weiter wie bisher die ohnehin schon kümmerliche Getreideumlage ungestraft sabotieren dürfen. Das Schwerkapital wird bei der Ausplünderung der Massen die vollste Unterstützung der Cuno-Regierung finden. Das Schwerkapital wird weiter wie bisher ihre Kapitalisten nach dem Auslande verschleppen. Schieber und Bucherer dürfen sich weiter auf Kosten der Massen bereichern. Die Regierung Cuno wird dafür sorgen, daß die Ausgeplünderten sich auch fernerhin gegen die Ausplünderer nicht zur Wehr setzen können. Auf dem Massenfriedhof des verhungerten Proletariats blüht das kapitalistische Wiederaufbaugeschäft.

Will die Arbeiterklasse nicht buchstäblich ganz verhungern, dann muß sie den Kampf gegen den Kapitalismus sofort aufnehmen.

Sehnsucht nach der großen Koalition in Sachsen.

Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, ein gut unterrichtetes Kapitalistenblatt, schreiben:

„In den Kreisen, die sich um Müller-Frankensharen, wo man sich nicht völlig von dem internationalen Gedanken hat unterkriegen lassen, sieht man mit berechtigter Sorge den französischen Maßnahmen der Zukunft und der Brüsseler Konferenz entgegen. Man kann also damit rechnen, daß mit den letzten Wochen dieses Jahres bzw. gleich zu Beginn des nächsten, zunächst hinter den Kulissen, dann öffentlich, neue Verhandlungen stattfinden werden, die sich mit dem Gedanken tragen, eine breite parlamentarische Grundlage zu bilden, auf der die deutsche Reichsregierung mit sicheren Füßen steht, um den gewaltigen Aufgaben gerecht zu werden, die uns das Jahr 1923 gleich nach seinem Einzug auferlegen wird.“

Die Führer der USPD schielen mit beiden Augen nach der Großen Koalition, sie wären so gern in die Regierung Cuno eingetreten, wenn nicht die Furcht vor den abfallenden Arbeitermassen gemessen wäre. Kennzeichnend dafür ist ein Artikel der „Leipziger Volkszeitung“ vom 8. Dezember, „Koalition“ überschrieben, in dem das Blatt fast zwei Spalten lang über die Ausnutzung der Broschüre Singheimers durch bürgerliche Zeitungen jammert, vom „Vorwärts“ eine „klipp und klare Stellung zur Koalitionsfrage“ verlangt und schließlich im selben Atemzug die Große Koalition zurückweist und die bürgerlichen Koalitionsparteien anfragt, ob sie der Sozialdemokratie die Hälfte der Regierungssitze einräumen wollen!

Das kommt davon, wenn man zugleich mit den Bürgerlichen anbändeln und den Arbeitern Koalitionsfeindschaft vortauschen will.

Die erste Tat der sächsischen Regierung.

Eine von der kommunistischen Arbeiterjugend für Sonntag vormittag geplante öffentliche Kundgebung wurde vom Polizeipräsidenten auf Grund der Reichsverfassung verboten, weil nach den bei den letzten Unruhen gemachten Erfahrungen mit einer unmittelbaren Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu rechnen war.

Die Lausanner-Konferenz.

Frankreich hat in Lausanne den englischen Vorschlägen zugestimmt und somit mit England die Einheitsfront gegen das russische Proletariat und gegen das türkische Volk geschlossen. Der andere Teil des imperialistischen Geschäftes soll in London abgeschlossen werden. Hier wird England den französischen Vorschlägen zustimmen und den neuen Schlag Poincares und Stimmes' gegen das deutsche Proletariat gutheißen.

Das Geschäft um die Dardanellen wird durchkreuzt, das Einlenken des französischen Imperialismus in Vorderasien nützt dem englischen Imperialismus nicht, weil die russischen Arbeiter und Bauern zusammen mit dem türkischen Volk sich gegen die Raubpläne Bonar Laws und Poincares aufgelehnt haben.

Das Geschäft um den Rhein, die Unterjochung des deutschen arbeitenden Volkes unter den deutsch-französischen Wirtschaftskrieg muß glücken — und damit die heute harte Stellung Sowjetrußlands in Lausanne bedrohen, wenn nicht das deutsche und französische Proletariat mit derselben Zähigkeit und Hingabe um den Rhein kämpft, wie die russischen Arbeiter und die türkischen Bauern um die Dardanellen.

Es ist ein Lebensinteresse der deutschen und französischen Arbeiterklasse, das Zustandekommen des deutsch-

Der Sieg

der Antiarbeiter gegen das deutsche Kapital kann nur herbeigeführt werden, wenn die Sammelaktion planmäßig organisiert wird. Rasche Unterstützung ist die wirksamste. Arbeiter, der Erfolg

hängt von Euch ab!

